

Neues Deutschland, 13. September 2000

Interview: **Eine Lösung auch für Jerusalem**

ND-Gespräch mit Dr. Margret Johannsen

Die Palästinenser haben die Staatsgründung ein weiteres Mal aufgeschoben. Politische Klugheit oder Ohnmacht?

Es gibt Klugheit, die aus Ohnmacht erwächst. Man hat eine Konfrontation vermieden, die sicher nicht zu Gunsten der Palästinenser ausgegangen wäre - sie sind nun mal die schwächere der beiden Parteien. Aber Arafat wird letztlich nicht umhinkommen, einen Staat auszurufen.

Israels Außenminister Ben-Ami spricht von Lösungen in wenigen Wochen. Woraus speist sich sein Optimismus?

Solche Äußerungen tragen meist nicht so sehr der Sache selber Rechnung, sondern sind Taktik. Ob Optimismus oder Pessimismus, das sind vor allem Botschaften an die eigene Klientel zu Hause.

Jerusalem war zuletzt der große Streitpunkt. Nun soll es bei den gestern begonnenen Verhandlungen ausgeklammert werden. Aber irgendwann muss man das Problem doch lösen ...

Wenn man die Jerusalem-Frage pragmatisch betrachtet und nicht unter dem Gesichtspunkt der Religion, dann ist sie auch lösbar. Jerusalem ist geteilt, nicht durch eine Mauer, aber demographisch. Es gibt keine gemischten Stadtteile. Ostjerusalem ist nun mal trotz aller Versuche, den jüdischen Bevölkerungsanteil

zu erhöhen, nach wie vor das palästinensische Zentrum des Westjordanlandes. Soweit der rationale Aspekt. Und beim symbolischen sollte man sich daran erinnern, dass Israels Staatsgründer Ben Gurion 1948 aus gutem Grund auf die heiligen Stätten verzichtet hat. Ihm war es viel wichtiger, einen Staat Israel zu bekommen, als das heilige Jerusalem. Der Mythos von der Unteilbarkeit der ewigen Hauptstadt wurde erst nach der Eroberung Ostjerusalems 1967 zur politischen Waffe. Aber auch Arafat hat Jerusalem zum Symbol gemacht, und über Symbole kann man schwer verhandeln.

Wo also liegt der Lösungsansatz?

Mir scheint nach wie vor der vernünftigste Vorschlag von allen, Jerusalem zur Hauptstadt zweier Staaten zu machen. Das wäre eine völkerrechtliche Innovation, aber praktikabel. Übergeordnete administrative Aufgaben könnte man auch übergeordnet durch einen Stadtrat regeln lassen, und da, wo es um lokale Angelegenheiten geht, kann man Bezirke einrichten. Und wer sagt denn, dass über den heiligen Stätten die Nationalflaggen wehen müssen?

Jerusalem ist aber nur ein Problem. Was ist mit der Flüchtlingsfrage, was mit den Siedlungen, der Grenzziehung usw.?

In der Flüchtlingsfrage hat man sich in Camp David offenbar viel weitreichender geeinigt als öffentlich geworden ist. Die Palästinenser scheinen auf ein unbeschränktes Rückkehrrecht verzichtet und einem Konzept zugestimmt zu haben, das den größten Teil der Vertriebenen mit internationaler Hilfe entschädigt. Annäherung gibt es auch in der Territorialfrage. Barak soll unterm Strich den Palästinensern 90 Prozent des Westjordanlandes angeboten haben, aber auf die großen jüdischen Siedlungen, oft schon Kleinstädte, bestehen. Was einen Gebietsaustausch einschließen könnte. Auch wenn es bitter ist, dass damit eine Verletzung des Völkerrechts durch Israel, das seit 1967 mit seiner Siedlungspolitik Fakten geschaffen hat, sanktioniert würde - selbst die Friedensbewegung in Israel kann sich keine andere Lösung mehr vorstellen, und auch die palästinensische Führung scheint sich damit abgefunden zu haben. Für sie ist es offensichtlich wichtiger, den eigenen Staat nicht durch Verbindungsstraßen zwischen einer Vielzahl kleiner Siedlungen zerstückeln zu lassen.

Die einen nennen das Realismus, radikale Palästinenser Verrat. Aber sind sie überhaupt noch zu massivem Widerstand in der Lage?

Sie sind geschwächt, vor allem durch den »Anti-Terrorkampf« der Autonomiebehörde, die sich ja vertraglich verpflichtet hat, illegitime Gewalt zu verhindern. Da hat es eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Sicherheitskräften Israels, zum Teil unter Aufsicht der USA, gegeben. Auch Hamas hat offenbar nicht mehr die logistische Stärke von einst.

Der Nahost-Friedensprozess ist stark durch die Vermittlungsrolle der USA geprägt. Entsteht nicht auch durch die Präsidentenwahl Zeitdruck - einigt man sich nicht bis Ende Oktober, dürfte es Monate dauern, bis wieder erfolversprechende Verhandlungen möglich sind.

Ohne die USA bewegt sich nicht viel. Sie spielen auch deshalb eine entscheidende Rolle, weil Palästinenser wie Israelis auf massive Geldzuwendungen aus Washington zur Finanzierung des Friedens hoffen. Für den gegenwärtigen US-Kongress ist das aber kein Thema. Also ist nicht nur die Wahl des neuen Präsidenten, sondern auch die neue Zusammensetzung des Parlaments von großer Bedeutung. Aber letztlich werden sich die Amerikaner diesen Frieden etwas kosten lassen, weil es auch in ihrem Sinne ist, wenn der Nahost-Konflikt gelöst wird. Sie haben übergeordnete strategische Interessen in dieser Region, es geht um die sichere Existenz Israels und um den ungehinderten Ölfluss. Dabei stehen sie auf der Seite Israels, aber in Washington weiß man auch, dass die Palästinenser Unterstützung brauchen, wenn sie ihre nationalen Ziele erreichen wollen. Und nur dann ist Frieden denkbar.

Fragen: Olaf Standke